

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 9

Artikel: Peter Graf nimmt Abschied : für eine informierte Partei
Autor: Graf, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339890>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kennen, wie das arabisch-palästinensische Volk das Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung in Zion anzuerkennen hat.

Mit wem müssen die Verhandlungen über eine Lösung des Palästinenserproblems geführt werden? Man kann wohl kaum annehmen, dass es möglich sein wird, die PLO als einen der wichtigsten Verhandlungspartner zu ignorieren. Israel wird mit der PLO verhandeln müssen, vorausgesetzt, dass die PLO die gegenseitige Anerkennung des Rechtes beider Völker auf Selbstbestimmung garantiert.

Die zwei grossen Parteien, die

Likud- und die Arbeiterpartei, anerkennen aber diese Prinzipien leider nicht. Beide Parteien haben völlig realitätsfremde und undurchführbare Pläne vorgelegt. Beide erheben den Anspruch auf die Oberhoheit Israels über das Westjordanland — auf eine totale oder partielle Oberhoheit Israels auf alle Zeiten. Dieser gemeinsame Nenner neutralisiert die Arbeiterpartei als Alternative.

Die Weisen Israels kannten einen Sinnspruch, der so lautete: «Alles an sich zu raffen bedeutet, alles zu verlieren» dieser Satz gilt auch für die Regierung Begin.

(Copyright by «Zukunft»)

lichst grossen Transparenz über Ereignisse und gesellschaftliche Vorgänge zu dienen.

Eine andere Aufgabe hat die Parteipresse und haben jene, die für die Information der Öffentlichkeit über das Parteileben in Zukunft Verantwortung tragen.

Sie haben die Informationen aus allen Bereichen der Gesellschaft parteipolitisch zu interpretieren und immer wieder an den eigenen parteilichen, sozialistischen Vorstellungen zu messen. Mit der neuen «Rote Revue», an deren Geburt ich massgeblich beteiligt war, ist ein Organ vorhanden, das mehr noch als unsere Tageszeitungen dafür zu sorgen hat, dass die politische Kultur der Partei immer wieder neu überdacht wird. Das ist mit dem Neubeginn von 1980 weitgehend und auch unter öffentlicher Anerkennung gelungen. Die Auflage hat sich unter der neuen Redaktion verstärken lassen; das Interesse an der Zeitschrift ist gestiegen.

Auch die Parteizeitungen werden um die Parteilichkeit nicht herumkommen. Es ist wohl falsch, im kommerziellen Zeitungsmarkt mitmischen zu wollen. Dazu reichen die Mittel nicht aus. Aber diese Partei beweist immer wieder, dass sie viele schöpferische Kräfte in sich vereinigt, die es wert sind, durch eine eigene Presse gebührend zur Darstellung zu kommen. Diese Parteipresse ist auch mehr als eine Anhäufung kleiner Blätter, die im Konkurrenzkampf kaum bestehen können. Sozialdemokraten stehen in einem politischen Kräftefeld mit dem Ziel, eigenen Vorstellungen zum Durchbruch zu verhelfen. Wie das ohne Tagespresse geschehen soll, ist unvorstellbar. Unsere Zeitungen sind — mit anderen Worten — Kampfblätter und unterscheiden sich darin ganz eindeutig von der kommerziellen Presse. In dieser Beziehung kann nur

Peter Graf nimmt Abschied

Für eine informierte Partei

Die einen machen Politik, andere stellen Politik dar, informieren über Politik, sind also ihrem Selbstverständnis nach Journalisten.

Ernsthaft habe ich kaum einmal daran gedacht, Politiker zu werden. Ich habe mich in den sechs Jahren, als ich bei der SP Schweiz das Informationswesen aufbauen und betreuen durfte, immer als Journalist verstanden. Ich machte es mir zur Aufgabe, die Politik der Partei darzustellen oder dafür zu sorgen, dass Berufenere darüber berichteten.

Diese besondere Form des Journalismus kann einer, der sich der Information verpflichtet fühlt, der zudem noch aus dem Nachrichtenjournalismus in diese Aufgabe hinübergewechselt hat, während einer längeren Zeit mit grossem Vergnügen und Einsatz leisten. Aber irgendwann meldet sich

das alte Bedürfnis — ein Urbedürfnis fast beim Journalisten aus Passion (ich wollte mit 15 Journalist werden wie andere Lokomotivführer oder Jumbo-Pilot) —, losgelöst von Parteiüberlegungen, fern von notwendigen aber hemmenden Bürokratien, ganz allein und nur Informationen zu suchen, zu finden und in lesenswerte Texte zu formulieren.

Ab 1. September arbeite ich als Chefredaktor der Nachrichtenagentur DDP Schweiz. Meine Aufgabe ist eine grundlegend andere als die des Pressechefs der SPS: Zeitungen und Massenmedien mit Informationen aus *allen* gesellschaftlichen Bereichen zu versorgen im Sinne einer umfassenden Dienstleistung im Informationsbereich. Der Nachrichtenjournalist hat nie zu fragen, wem eine Information nützt oder schadet. Er hat allein dem Gebot der mög-

noch die NZZ in ihrem Inlandsteil mithalten.

Das Überleben der Parteipresse ist zum einen eine Frage des politischen Willens der Parteigängerungen. Zum andern stellt sich selbstverständlich auch eine ökonomische Frage. Zeitungen machen ist teuer. Es reicht nicht, nur von Zeit zu Zeit mit Spendenaktionen Defizitlöcher zu stopfen. Es müssen Investi-

tionen in technische und redaktionelle Neuerungen möglich sein. Dabei sollen die gewachsenen Strukturen nicht einfach über Bord geworfen werden. Aber vielleicht sind einige liebgewordene Gewohnheiten ganz einfach zu kostspielig geworden und müssen abgeschafft werden. Erstmals seit vielen Jahren zeichnet sich ein solcher Wille zur Neuerung und gemeinsa-

mem Handeln auf der Ebene der Redaktionen ab. Dieser Wille sollte von den Verantwortlichen in der Partei, aber auch bei den Verlegern und in den Gewerkschaften nicht missachtet werden. Er ist die grosse Chance für eine vielversprechende Zukunft der SP-Tagespresse.

Peter Graf

Gret Haller stellt eine komplizierte Sache einfach dar

Auf den Zivilstand darf es nicht mehr ankommen!

Eine der wichtigsten Forderungen der 10. AHV-Revision

In einer Sitzung vom 26. Juni hat sich der Parteivorstand der SPS mit der 10. AHV-Revision befasst. Die SPS verlangt, dass die Ersetzung der Ehepaar-Altersrente durch zwei Individualrenten mit dem sog. «Splitting» und die Einführung der Witwenrente eingehend geprüft werden. Gret Haller, Mitglied der sozialpolitischen Kommission der SPS erläutert die Hintergründe dieser Stellungnahme des PV.

Die 10. AHV-Revision wird vor allem Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann zum Gegenstand haben. Dabei gibt es zwei Grundprobleme: Einerseits geht es um das gleiche Pensionierungsalter für Frauen und Männer. Andererseits geht es um die zivilstandsabhängige Stellung der Frauen in der AHV, d.h. um die Frage, wie auch im Bereich der Beitragsrechnung, der Rentenbildung und der Rentenarten die Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht werden kann. Während die Problematik des Rentenalters relativ leicht zu verstehen ist — was nicht heißen soll, dass die Finanzierung des gleichen Rentenalters keine Schwierigkeiten mit sich bringen würde —, und dieses Thema auch in der Öffentlichkeit

immer wieder diskutiert wird, ist vom Problem der Zivilstandsabhängigkeit in der AHV relativ wenig die Rede. Dann und wann kommt zwar die fehlende Witwerrente zur Sprache, aber die grundlegende Problematik, die hinter diesem Mangel steht, ist weitgehend unbekannt. Da eine politische Stellungnahme zur 10. AHV-Revision ohne Kenntnis dieser Zusammenhänge kaum möglich ist, soll im folgenden versucht werden, diese zu erläutern.

Die Entstehung des Gesetzes über die berufliche Vorsorge hat gezeigt, dass die frühzeitige Diskussion von «komplizierten Zusammenhängen» auch im Bereich der Sozialversicherung sehr wichtig ist: Geschieht dies nicht, so verschwinden nämlich

politische Entscheidungen sehr leicht zwischen sogenannten technischen Sachzwängen und Fragen, bei denen ohnehin nur noch Wenige mitreden können, und bekanntlich fliesst unter solchen Umständen die politische Wertung dieser wenigen Sachverständigen zusammen mit ihrem Sachverstand ungeschoren und unkontrolliert von politisch Andersdenkenden in die Sache hinein.

Solidaritäten in der AHV

Die AHV ist ein grosser Topf. In diesen fliessen — neben allgemeinen Staatsmitteln — vor allem die Beiträge hinein, und aus dem Topf heraus fliessen die Leistungen der AHV, das meiste in Form von Renten. Wieviel einbezahlt worden ist, spielt bei den Leistungen aus dem Topf nur beschränkt eine Rolle: Beiträge müssen auf jedem Einkommen bezahlt werden, auf dem Erwerbseinkommen ein bestimmter Prozentsatz des Einkommens und zwar